

Die Verhandlungen am Montag

Berlin, 28. Oktober

Der Sitzungssaal des Preussischen Landtages hat seit langem nicht eine so ernste und würdige Versammlung gesehen, wie die Reichstagung der Zentrumspartei. Aus allen Ecken des deutschen Vaterlandes hatten sich Vertreter der Zentrumspartei eingestellt, um an den gemeinsamen Beratungen über die künftige Gestaltung der Zentrumspolitik teilzunehmen. Besonders zahlreich waren die besetzten Gebiete vertreten, auch Danzig und das Saargebiet hatte Abgesandte geschickt. Unter den Teilnehmern fielen natürlich die alten Zentrumshäupter besonders wohl auf: Spahn, Herold, Porck, Fehrenbach. Mit besonderer Freude begrüßte der Vorsitzende der Deutschen Zentrumspartei, der Reichskanzler Dr. Marx, in einer kurzen Eröffnungssprache die Vertreter aus dem stammverwandten Osterreich, deren Teilnahme die enge Herzogverbundenheit der beiden, einflussreichen noch durch äußere Gewalt von einander getrennten Völker beweise.

Bereits in seinen Begrüßungsworten wandte sich Reichskanzler Marx mit Entrüstung gegen die gerade in der letzten Zeit dem Zentrum gegenüber erhobenen Vorwürfe, als habe es die Parteinteressen über das Staatsinteresse gestellt. Der Kanzler konnte gegenüber diesen Verleumdungen ja ohne weiteres auf die Tatsache verweisen, daß das Zentrum die ihm seit der Staatsumwälzung gestellten großen Aufgaben nach besten Kräften erfüllt habe.

Nach den kurzen Begrüßungsworten trat man alsbald in die Beratungen ein. In einem zweistündigen Referat entwickelte Reichskanzler Dr. Marx die Zukunftsaufgaben der Zentrumspartei. Nach der Rede des Reichskanzlers vorträtigte Reichskanzler a. D. Fehrenbach, der Vorsitzende der Zentrumspartei des Reichstages die Politik der Reichstagsfraktion in den schwierigen Wochen vor der Reichstagsauflösung. (Weber diese beiden Referate berichten wir gesondert. Die Red.)

In der zwölften Stunde begann sodann die Aussprache, nachdem vorher noch die Delegierten der Zentrumspartei aus Danzig, dem Saargebiet und ein Vertreter Ostpreußens für ihre Besitze Grüße und Glückwünsche der Zentrumstagung überbracht hatten. Das Ergebnis, das die Vertreter Danzigs und des Saargebietes gaben, daß man auch in den abgetrennten Gebieten den Zentrumsgedanken stets pflegen und erhalten werde, fand bei der Versammlung ebenso großen Widerhall wie der Hinweis des österreichischen Delegierten auf die enge Not- und Schicksalsverbundenheit der beiden Länder deutscher Zunge allen Anwesenden ans Herz griff.

In der Aussprache berichtete zunächst Reichsarbeitsminister Dr. Braun über die letzten Ereignisse kurz vor der Auflösung des Reichstages. Auch diese Ausführungen waren eine Rechtfertigung der Haltung der Zentrumspartei in den kritischen Tagen. — Justizrat Wönning-Köln dankte der Reichsregierung und insbesondere dem Reichskanzler Marx im Namen des besetzten Gebietes, dessen einziger Wunsch es sei, daß die bisherige Politik unbedingt fortgesetzt werde.

Reichsminister a. D. Dr. Bell-Essen forderte, daß gegen die Imparität in den öffentlichen Ämtern in der Zukunft energisch eingeschritten werden müsse. Die vom Zentrum gestellten Reichs- und Staatsbeamten hätten gerade seit der Staatsumwälzung ihre Qualifikation zur Genüge nachgewiesen. Justizrat Wönning, der inzwischen den Vorsitz übernommen hatte, unterstrich diese Forderung. Prälat Schöfer-Karlsruhe sollte, wie

alle übrigen Redner, der Politik des Reichskanzlers Marx un- eingeschränkter Beifall und volles Vertrauen. Die Hauptaufgabe des Zentrums sei jetzt, dafür zu sorgen, daß auch nach den Wahlen am 7. Dezember der Zentrumsturm fester und größer als je zuvor stehe.

Reichskanzler a. D. Dr. Wirth hielt eine mit Spannung erwartete und wiederholt von stürmischem Beifall und Händeklatschen unterbrochene Rede über die dringenden Probleme der nächsten Zukunft. Er forderte Sicherung der heutigen Staatsform, Niederrückung des im Volke vorhandenen Leidens, Befestigung der Finanzen in Reich, Ländern und Gemeinden und als letztes prinzipiellen Vorrang der Außenpolitik vor allen anderen Fragen. Alles in allem bezeichnete Dr. Wirth als Hauptaufgabe der nächsten Zukunft die Erhaltung und Sicherung der vom Reichskanzler Marx segensreich geführten Politik der mittleren Linie, die allein geeignet sei, den Rettungsdienst zu neuer Freiheit und neuer Wohlfahrt des Vaterlandes durchzuführen. In diesen Ausführungen wandte sich Dr. Wirth unter lebhaftem Beifall der Versammlung gegen die Veruche gewisser Parteien und gewisser Blätter, Verwirrung in den Reihen des Zentrums dadurch anzurichten, daß sie einen Keil in die Partei hineintreiben wollen. Sie nennen mich, sagte Dr. Wirth, aber freinetzen wollen sie die gerade aufrichtige Linie des Zentrums.

Nach der von nicht enden wollendem Beifall begleiteten Rede Dr. Wirths stellte Justizrat Wönning als Vorsitzender fest, daß Dr. Wirth selbst durch seine Rede dem Märchen von dem verschiedenen Flügel in der Partei ein Ende gemacht habe. Die Versammlung trat dann gegen 1 Uhr in die Mittagspause ein.

In der Fortsetzung der Debatte sprach am Nachmittag zunächst der Frankfurter Professor Velsauer, der der Sorge seiner Frankfurter Parteifreunde Ausdruck verlieh, daß das von Zentrumselementen mißsam gebaute deutsche Haus eingerissen werden könne, wenn die von Reichskanzler Marx so erfolgreich innegehaltene mittlere Linie in der Innen- und Außenpolitik verlassen würde. Weiter beteiligten sich an der Debatte Abg. Esser, Justizminister Beneke-Stuttgart, Kanonikus Ullrich, Prälat Kaas-Trier, Kaiser-Dortmund, Bauer-Konstanz, Minister a. D. Giesberts, Prälat Schmitz-Köln, Prälat Schreiber-Münster, Dr. Reinecke und ein Delegierter aus Eberfeld.

Die Nachmittagsverhandlung brachte eine überwältigende Kundgebung für die beiden Jubilare der Zentrumspartei, den großen, aber noch geistig frischen Peter Spahn aus der Reichstagsfraktion und den Bizepräsidenten des Preussischen Landtages Dr. Porck, die beide auf eine 40jährige zehnjährige Tätigkeit im Dienste des Vaterlandes und der Zentrumspartei zurückblicken können. Geradezu historisch war der Augenblick, als Reichskanzler a. D. Fehrenbach nach Verlesung des Glückwunschschreibens des Reichstagspräsidenten Wallraf an den Jubilar Exz. Spahn, während die ganze Versammlung spontan von den Plätzen erhob, die ununterbrochene vierzigjährige Tätigkeit der beiden Jubilare, der „treuen Rentiere“ des Zentrums, als den sichtbaren Beweis dafür bezeichnete, daß die Zentrumspartei das Erbe Windthorst durch alle Stürme der Zeiten treu behält und in unsere schwerbedrückte Gegenwart hinübergerettet habe.

Um 7,30 Uhr abends schloß Ministerpräsident a. D. Stegerwald den ersten Beratungstag.

sehen Produktion im Rahmen der Exportfähigkeit oberste Aufgabe ist. Es ist zurzeit noch im deutschen Volke stark umstritten, ob der Schutz der nationalen Arbeit am besten durch Schutzzölle oder durch Freihandel mit Finanzzöllen gesichert ist. Ich darf hinweisen auf die Entscheidung, die unsere Wirtschaftswissenschaftler auf der letzten Tagung für Sozialpolitik gefaßt haben:

„Die neue Wirtschaftsstruktur Deutschlands, die Auswirkung des Londoner Abkommens und wesentliche Veränderungen in der Gruppierung der Kräfte am Weltmarkt haben Deutschland vor eine von Grund auf neue handelspolitische Lage gestellt. Die unterzeichneten Vertreter der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, unter ihnen eine Anzahl Gelehrte, die die Grundgedanken der deutschen Handelspolitik vor dem Kriege verteidigt haben, machen insbesondere mit allem Nachdruck darauf aufmerksam, daß Deutschland unter den heutigen Verhältnissen gezwungen ist, namentlich auch zurecht Nationalisierung seiner Landwirtschaft und Industrie sich die Vorteile des weltwirtschaftlichen Güterausgleiches zu eigen zu machen. Sie vermögen daher Industrie- und Agrarzölle nur soweit zu billigen, als sie ein entbehrliches und erfolgversprechendes Mittel für eine freierliche Gestaltung des internationalen Verkehrs bedeuten. Eine künstliche Verteuerung der Lebenshaltung durch wirtschaftspolitische Maßnahmen ist im Deutschland der Gegenwart besonders bedenklich. Der schwierigen Lage der deutschen Landwirtschaft muß mit geeigneten Mitteln entgegengetreten werden; durch bloße Fortsetzung des vorkriegszeitlichen Zollschutzes würde sie nicht entscheidend gebessert, eher verschlimmert werden.“

Wir werden also für die Zukunft objektiv prüfen müssen, ob die Lage unserer Volkswirtschaft, sowohl der Industrie und des Gewerbes als auch der Landwirtschaft, im Rahmen der Weltwirtschaft gesehen, für den Schutzzoll oder für den Freihandel mit möglichen Finanzzöllen spricht.

Es ist unbestritten Aufgabe des Staates, an der Gestaltung der besten Bedingungen für unsere Volkswirtschaft gegenüber den Volkswirtschaften anderer Länder mitzuwirken. Umso mehr ist die Frage umstritten, inwieweit der Staat in die inneren Vorgänge der deutschen Wirtschaft sich einmischen darf und soll. Die vergangenen 10 Jahre sind angefüllt von dem Streit um diese Frage. Wir können diese Frage jetzt objektiv prüfen und beantworten. In Zeiten großer nationaler und materieller Not hat der Staat ohne allen Zweifel das Recht des Eingriffs und der scharfen Beaufsichtigung. Eine solche Zeit haben wir durchlebt. Die Mängel, die ein solches Vorgehen des Staates zur Folge hat, haben wir zur Genüge kennengelernt. Wir sind deshalb bestrebt, wo wir allmählich wieder in geordnete Verhältnisse hineinkommen, die Aufsicht und das Eingreifen des Staates in wirtschaftliche Verhältnisse soweit als möglich abzubauen. Ich bin aber überzeugt, daß der Staat das Recht und die Pflicht hat, auch in Zeiten wirtschaftlicher Ordnung eingzugreifen, falls einzelne Glieder der Volkswirtschaft ihre einmal gegebene Macht zum Schaden großer Volkskreise ausüben. Die sozial angeordnete Verfassung von Weimar stellt in dieser Richtung durchaus gesunde, von wahrhaft christlichem Geiste getragene Grundsätze auf. Ich habe die Hoffnung, daß die sittliche Verpflichtung, die auch nach der Weimarer Verfassung in der

Verwaltung des Eigentums

liegt, all die Wirtschaftler erfasst, die zeitweise mit dem unbeschränkten Gebrauch des Eigentums schweren Volksschaden angerichtet haben. Mögen gerade die Wirtschaftler, die sich zum Zentrum bekennen, all den anderen eifrige und unermüdete Mahner und Warner sein! Möge ein neuer Franz Brants wieder recht bald aus diesen Reihen erhehen!

Die Wirtschaft ist ein lebendiger Teil des gesamten Volkslebens, materiell gesehen der wichtigste. Die Wirtschaft ist deshalb nicht ihrer selbst wegen da. Das ganze Volk soll die Früchte der Arbeit genießen — das ist Gottes Wille. Es gibt soziale Erfordernisse, wenn der Zweck der Wirtschaft verkannt wird. Das deutsche Volk ist arm geworden und wird sich für Jahrzehnte behelfen müssen, zumal ein großer Teil des Ertrages unserer Arbeit als Reparationsleistung über unsere Grenze fließen wird. Umso größer muß gerade deshalb unsere Sorge und unsere Mahnung sein, den Sinn allen Wirtschaftens zu erfüllen. Wir werden nie ein nationales Volk werden, wenn wir nicht ein soziales Volk werden. Den Klassenkampf der Arbeiterklasse werden wir nicht durch den Klassenkampf der anderen Seite überwinden, sondern nur verfrachten. Wir werden unsere Gesetzgebung nachprüfen müssen, ob sie Sandheben genug bietet, große Ungerechtigkeiten im Wirtschaftsleben auf dem Rechtsweg aus der Welt zu schaffen.

Bei der Schaffung des Kartellgesetzes Ende des Jahres 1923 ließen wir uns von dem Gedanken leiten, gegen Unberechtigungen einzuschreiten zu können, die die Macht monopolistischer Verbände sich hat zuschulden kommen lassen und auch in Zukunft begehen kann. Hier die Möglichkeit zum Einschreiten zu behalten, halte ich für eine dringende Notwendigkeit auch für die Zukunft.

Wir haben von Staatswegen ein Schlichtungswesen geschaffen, von dem Gebrauch zu machen bei einer nur auf Macht eingestellten Wirtschaft auch für die Zukunft eine staatliche Notwendigkeit sein wird. — In schwerer Zeit haben wir den

Achtstundentag

besetzt, um die Ertragskräfte unserer Wirtschaft zu vermehren. Einen schematischen Achtstundentag werden wir nicht mehr einführen können, das will auch unsere Arbeiterklasse nicht. Die jetzige gesetzliche Regelung der Arbeitszeit ist auch von der Regierung als ein Notbehelf angesehen worden. Wir werden bestrebt sein, diese Bestimmungen zu ändern und den Achtstundentag möglichst bald wieder einzuführen, wo nicht die Art des Betriebes dem entgegensteht. Die Regierung ist ja auch unter bestimmten Voraussetzungen entschlossen, das Washingtoner Abkommen zu ratifizieren und übernimmt dadurch schon bindende Verpflichtungen.

Wenn wir von dem Besitz Pflichten und Bindungen verlangen, so verlangen wir dasselbe von der Arbeiterklasse. Wir verlangen von ihr Ordnung, Fleiß und Arbeitseifer, weil wir nur bei voller Pflichterfüllung aller Schichten des Volkes als Nation bestehen können. Wüßten doch alle, die schaffen und streben, den sittlichen Wert der Arbeit, wie ihn das Christentum lehrt, voll erfassen! Dann erst ist eine Eingabe des Arbeiters an sein Werk möglich, dann erst die enge Verbundenheit des Arbeiters mit dem Schaffen für das Volk gegeben. — Die hohe

Würde der Arbeit

und des Arbeiters ist uns ein heiliges Erbgut christlicher Ueberlieferung; jedes Schaffen des Körpers und des Geistes ist in diesem Lichte geodet. Für alle Arbeitenden verlangen wir das juxta pretium, den gerechten Lohn. Darüber hinaus verpflichten wir uns in unseren Richtlinien, die Zahl der Eigentümer zu vermehren. Seit der Zeit, als dieser Programmgedanke geschrieben worden ist, hat die Zahl der Eigentümer infolge einer unglücklichen Entwicklung sich stark vermindert. Die Eigentümerteilung werden wir nicht schematisch vornehmen können, dann müßten wir ja Kommunisten werden. Wir können nur hoffen, daß die Wirtschaftsentwicklung die Bildung neuen Eigentums, nicht nur für eine kleine Zahl bestehender Schichten, sondern auch für die Masse des Volkes ermöglicht. Der Staat hat insbesondere durch die dritte Steuernotverordnung Eigentumsansprüche eines großen Teiles des deutschen Volkes vorläufig zurückgestellt, um seinen eigenen Zusammenbruch und damit den Zusammenbruch der ganzen Nation zu überwinden. Es wird dies unsere erste Sorge sein, zu überlegen, ob der Staat in

ferner Zukunft die Möglichkeit hat, diese berechtigten Ansprüche zu befriedigen. Wir werden auch bestrebt sein müssen, — die Vorbereitungen werden zurzeit im Reichsfinanzministerium getroffen, — ungedeckte Verbindlichkeiten in der Höhe des deutschen Volkes wieder zu begleichen; eine Inflationsgewinnsteuer ist die gerechteste aller Steuern.

Aufgabe der Politik bleibt es, neue Ansiedlungen zu ermöglichen. Eigentum an Boden macht stark, die Liebe zur Scholle ist die natürlichste Vaterlandsliebe. Sind die Hemmnisse für neue Ansiedlungen wirklich zu stark? Geben wir in der Vergangenheit Fehler gemacht, so müssen wir sie abzustellen suchen und mit neuem Mut an diese verantwortungsvolle Aufgabe herangehen.

Eine ernste Sorge bleibt uns die Wohnungsfrage. Ich habe die Hoffnung, daß mit dem Wiedereinstehen der deutschen Wirtschaft auch der Baumarkt neues Leben gewinnt, so daß neue Wohnungen in großer Zahl entstehen. Wie diese vorhanden sind, werden wir die Zwangsbestimmungen im Wohnungswesen, die eben so richtig Schutzbestimmungen genannt werden können, nicht voll aufheben dürfen, weil wir nicht die Hunderttausende verarmten Familien einem Wohnungsnotstand preisgeben wollen.

Ich könnte noch viele Fragen deutscher Wirtschafts- und Sozialpolitik berühren. Wir haben nach dem Kriege eine große Zahl sozialpolitischer Gesetze geschaffen. Die Neuordnung der deutschen Wirtschaft hat zur Abänderung mancher Bestimmungen gezwungen. Wir haben die ernste Pflicht, ständig nachzuprüfen, wie weit sozialpolitische Bestimmungen zum Schutze der Schwachen im Wirtschaftsleben notwendig sind. Im Reichsarbeitsministerium wird eifrig an der Gestaltung eines neuen einheitlichen systematischen Arbeitsrechtes gearbeitet. Wir haben die Hoffnung, daß das neue deutsche Arbeitsrecht Störungen im sozialen und wirtschaftlichen Leben verringert und so dem Wiederaufbau Deutschlands dient. Höher jedoch als alle gesetzlichen Bestimmungen steht für uns Christenmenschen die sittliche Verpflichtung für alle Teile der Wirtschaft, den Menschen im Wirtschaftsleben als Menschen zu werten, und nicht als sachlichen Produktionsfaktor zu behandeln. — Erste Ueberlegung verlangt unser

Finanzwesen

Mit der Einführung der neuen Goldmark wird unsere Währung gestiftet stehen. Mit der Sanierung der Wirtschaft ist zu erwarten, daß auch die endgültige Sanierung unseres Staatshaushaltes gegeben ist. Ich bin mir bewußt, daß im letzten Jahr die Bilanzierung des Staatshaushaltes nur durch steuerliche Eingriffe in die Ertragskräfte der deutschen Volkswirtschaft möglich war, die eine Gefahr für die Entwicklung der Volkswirtschaft zu werden drohen. Als Optimist habe ich die Hoffnung, daß wir die Steuerlasten in der Zukunft etwas lockern können. Auf das Maß der Vorkriegszeit werden wir die Steuern allerdings für die nächsten Jahrzehnte nicht zurückführen können; dafür sind die Ausgaben des Staates zu gewaltig gestiegen. Es ist in den letzten Jahren im deutschen Volke, auch in unseren Reihen, der Vorwurf erhoben, daß der neue deutsche Staat zu verschwenderisch arbeite. Man hat von „Molochstaat“ gesprochen.

Wofür verwendet denn der Staat sein Geld?

Allein im Monat September betragen die Monatsausgaben 1. für Reichshoheitsbedenke und Angestellte 45 Millionen. Die Aufwendungen für den Pensionsfonds für die ehemalige Wehrmacht 22 Millionen, an Aufwendungen für soziale Zwecke wurden vorausgibt seit dem 1. September: a) für die Sozialversicherung und für Kranken- und Wochenhilfe (Krankenversicherung) rund 60 Millionen; b) für Invaliden, Arbeiter, berufsunfähige Angestellte und Hinterbliebene (Invaliden- und Angestelltenversicherung) rund 80 Millionen; c) für Unfallverletzte und Hinterbliebene (Unfallversicherung) 8 Millionen; d) für berufsunfähige Bergleute und Hinterbliebene (Knappschaftsversicherung) 6—8 Millionen. In den Leistungen der Wochenhilfe ist ein Reichsauspruch von 4 Millionen Mark, bei der Invalidenversicherung ein Reichsauspruch von 7 1/2 Millionen Mark ent-

halten. Die übrigen Beträge sind von den Versicherungsträgern aufgebracht.

2. Seitens der produktiven Erwerbslosenfürsorge wurden 4831 000 Mark aufgebracht. Die unterliegenden Erwerbslosenfürsorge hat im September Reichsmittel nicht in Anspruch genommen.

3. An Unterstufungen an das als invalide ausgefallene, nicht ruhegeldberechtigte Betriebsarbeiterpersonal früherer Seeres- und Marinebetriebe, sowie an Witwen und Waisen dieses Personals wurden ausgegeben 886 000 Mark.

4. a) An Versicherungsgebühren für Kriegsschadigte und Kriegshinterbliebene wurden allein im Monat September aufgewandt 67 963 000 Mark; b) An Zuschüssen für Kriegsschadigte und Kriegshinterbliebene wurden im gleichen Zeitraum aufgewandt 18 683 500 Mark. Dazu kommen an Reparationsausgaben, die im letzten Weltkrieg über 200 Millionen ausmachten, somit allein für den Monat September etwa 65 Millionen Mark.

Die Vorwürfe der Verschwendung der Steuererträge seitens des Staates brechen in sich zusammen. Es ist eine andere Frage, ob nicht eine Vereinfachung des Steuerwesens und damit eine Vereinfachung der Steuerverwaltung möglich ist. Nach voller Klärung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse ist die Lösung dieser Frage eine dringende Aufgabe. Diese Steuerreform ist bereits in Vorbereitung.

Es ist auch eine dringende Notwendigkeit, den Ländern und insbesondere den Gemeinden wieder die volle Verantwortung für ihre Ausgaben zuzugeben, um sie dadurch zu größtmöglicher Sparsamkeit zu bringen. Inwiefern ihnen aber auch die Steuerverwaltung zurückgegeben werden soll, wie namentlich Bayern mit allem Nachdruck fordert, das wird den weiteren Verhandlungen überlassen bleiben müssen. Sehr gewichtige Gründe sprechen für die Bekämpfung des gegenwärtigen Zustandes. Das Reich hat in erster Linie die Folgen des verlorenen Krieges zu tragen; es kann sich nicht die Verwaltung eines Hauptteiles seiner Einnahmen aus den Händen nehmen lassen.

Kulturpolitik

Wenn unsere Aufgaben auf diesem Gebiete, das die Zentrumspartei auch gewissenhafteste zu betreiben stets für eine ihrer ersten Pflichten gehalten hat, zu meinem Bedauern erst an letzter Stelle behandelt werden, so darf das keinesfalls als ein Zeichen geringer Bewertung angesehen werden. Wir sind uns dieser Aufgabe bewusst, daß es eine unserer wichtigsten Aufgaben gewesen ist, für die Durchdringung des gesamten öffentlichen Lebens mit den Grundgedanken des Christentums mit aller Kraft einzutreten. Es würde anders in der Welt aussehen, wenn sowohl im Verhältnis zueinander wie auch im Verhältnis zu den eigenen Staatsangehörigen die einzelnen Staaten und Völker mehr darauf bedacht wären, stets die Grundgedanken des Christentums zur Richtschnur für ihre politischen Maßnahmen zu nehmen. Ich hege die Zuversicht, daß dieser Standpunkt von der Zentrumspartei stets unentwegt festgehalten wird.

Ich bin nicht so ganz davon überzeugt, daß wir bei Betonung unseres Standpunktes stets auf ungeteilte und rückhaltlose Unterstützung anderer Parteien zu rechnen haben. Das Zentrum hat seit jeder Wert darauf gelegt, nicht als eine konfessionelle, sondern als eine politische Partei angesehen zu werden. Trotz aller Veränderungen, die die Entwicklung der letzten Jahre herbeigeführt hat, scheint mir dennoch auch jetzt noch als die ureigenste Aufgabe der Zentrumspartei betrachtet werden zu müssen das tatkräftige Eintreten für die ganz eigentümlich gelagerten kulturellen Belange der katholischen Kirche und der katholischen Bevölkerung. Wir sind eingetreten mit aller Kraft seit je für die Erhaltung der christlichen Schule und für die Sicherung christlicher Erziehung. Wir sind aber im einzelnen auch eingetreten für die Erhaltung und Sicherung der katholischen Schule und der Sicherung einer katholischen Erziehung, und ich wage die Behauptung, daß, abgesehen von der Pariser Volkspartei, keine andere Partei in sich die Gewähr bietet, daß sie für die katholische Schule und